

Pressespiegel = Reflets de presse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **71 (1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Dangerous boomerang

Le comité pur et dur des combattants antinucléaires ne tient pas à être noyé dans une organisation vaste et molle. Une seule chose compte à ses yeux: que le peuple suisse dise «non», une fois pour toutes, au nucléaire. Et il a l'air de croire sincèrement à ses chances de succès.

Or ces chances sont d'une infinitésimale minceur. Même après l'accident de Harrisburg, rien ne permet de supposer que le peuple suisse soit prêt à prendre le risque d'un blocage total du nucléaire.

L'erreur de calcul la plus grossière consisterait à se fonder sur les 48 % de «oui» à la première initiative dite antinucléaire, le 18 février 1979, en se disant qu'il suffit de 2 % de plus pour obtenir la majorité. Cette première initiative a été mal surnommée. Elle ne réclamait pas l'interdiction des centrales nucléaires, mais la démocratisation des procédures d'autorisation. Dans les 48 % de février 1979, il y avait des démocrates, des fédéralistes et des indécis. Il y avait aussi des citoyens hostiles au nucléaire chez eux, mais pas forcément mécontents qu'on puisse construire des centrales à l'autre bout de la Suisse.

Pour se faire une idée de la force réelle du mouvement hostile à tout compromis, il faut plutôt se référer à la proportion de ceux qui ont dit «non» à la loi fédérale sur l'énergie atomique le 20 mai dernier: 31 %. C'est donc 19 % des votants qu'il faudrait convertir au refus radical de l'énergie atomique.

Si, devant un handicap aussi énorme, le mouvement antinucléaire, présente à l'opinion un front désuni, et trouve moyen de lancer deux initiatives concurrentes quoique pratiquement identiques, on voit mal comment il arrivera à ses fins. Rien ne sera plus facile, pour les partisans de l'atome, que de mettre en évidence la dominante «gauchiste» des uns et l'ambiguïté des autres.

Perspective aggravante pour les écologistes: une nouvelle défaite devant le peuple donnera une caution inespérée aux promoteurs de Kaiseraugst, de Graben et même de Verbois.

Le quitte ou double des antinucléaires intransigeants a de redoutables allures de boomerang. Et les prochaines manifs risquent d'avoir quelque chose de désespéré. Quelqu'un veut-il vraiment cela?

Laurent Rebeaud

«La Suisse», Genève, le 8 mai 1980

Unangebrachte IEA-Empfehlungen

In ihrem neuesten Bericht über die Energiepolitik der westlichen Industriestaaten (vgl. NZZ Nr. 177) empfiehlt die Internationale Energieagentur (IEA) der Schweiz, im Energiebereich stärkere staatliche Massnahmen zu treffen und zusätzliche Bundeskompetenzen zu schaffen.

Dieser Ratschlag wirkt befremdend. Die IEA wurde nach der ersten Energiekrise 1974 durch Zustimmung der engagierten Staaten zum internationalen Energieprogramm ins Leben gerufen, mit dem Hauptzweck, für den Fall einer gestörten Erdölversorgung die Voraussetzungen für eine gemeinsame Krisenbewältigung zu schaffen. Dass sie seither im Blick auf dieses Ziel die Mitglieder zum Sparen und Substituieren von Erdöl anhält und sowohl über die in den einzelnen Ländern getroffenen Massnahmen wie auch über deren Erfolg informiert, ist ohne Zweifel legitim.

Hingegen wird ihre Aktivität problematisch, wenn die IEA Belehrungen darüber erteilt, wie die Mitgliedstaaten mit ihren völlig verschiedenen Strukturen die vereinbarten Ziele zu erreichen haben. Im Falle der Schweiz braucht es diese internationale Organisation nicht zu kümmern, auf welchem Wege wir Erdöl sparen und substituieren, ob mit oder ohne Energieartikel in der Bundesverfassung, ob durch zentralstaatliche Massnahmen oder mit Hilfe einer föderalistischen Energiepolitik. Am Rande interessiert in diesem Zusammenhang die Frage, wie in der IEA das Rezept für die Schweiz zustande gekommen ist: Haben es Leute konzipiert, die mit den politischen Gegebenheiten und dem aktuellen Stand der Auseinandersetzungen in diesem Land nicht genug vertraut sind und deshalb zu einer schematischen Beurteilung neigen? Oder haben schweizerische Befürworter einer vermehrt zentralistischen Energiepolitik über dieses internationale Gremium auf die nationale Meinungsbildung Einfluss zu nehmen versucht?

Vorläufig müsste man eigentlich in Paris vor allem zur Kenntnis nehmen, dass die Schweiz nach allerdings noch unvollständigen statistischen Angaben neben den USA und Luxemburg zu den drei einzigen Mitgliedstaaten gehört, die das von der IEA proklamierte Ziel einer fünfprozentigen Senkung des Erdölverbrauchs im vergangenen Jahr erreicht haben, während die meisten anderen einen zum Teil sogar substantiellen Mehrkonsum zu verzeichnen hatten. Vielleicht sollte sich die IEA, wenn sie ihre Noten verteilt, künftig mehr an den Ergebnissen orientieren als an der Zahl der angekündigten staatlichen Eingriffe, von denen sich nicht wenige als Papiertiger entpuppen könnten.

scr.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 23. Mai 1980

Energiekommission beschleunigt Arbeitstempo

Bereits im Herbst will die Eidgenössische Energiekommission einen abschliessenden Bericht zur Frage des Bedarfsnachweises für Kernkraftwerke vorlegen, nachdem sie ursprünglich ein volles Jahr darauf verwenden wollte. Bis dahin sollen noch einige wichtige Aspekte wie die Auswirkung des Wirtschaftswachstums und der Energiepreise auf den Elektrizitätsbedarf, die Kosten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, die Möglichkeiten der Substitution von Erdöl durch Elektrizität, der Beitrag der Wärme-Kraft-Koppelung zur Stromerzeugung sowie die Kosten und Nutzen der Reservestellung bei der Elektrizitätserzeugung näher untersucht werden.

«Schweiz. Spenglermeister- und Installateur-Zeitung», Zürich, 9. Mai 1980

Kopf in den Sand ...

«Keine Atomkraftwerke», aber auch «keine neuen Wasserkraftwerke!» lauten die Parolen, von denen das Schweizerland dermalen widerhallt. Wo mittel- und langfristig die Energie hergenommen werden soll, die unsere Volkswirtschaft braucht, kümmert diese Leute wenig. Sie nehmen die Wirklichkeit einfach nicht zur Kenntnis. Nichts sehen, nichts hören, Kopf in den Sand, wie der Vogel Strauss, ist das einfachste, wenn man die Probleme ignorieren will. Der Bundesrat soll schauen! Die grossen Streiter wider Atomenergie und Weiterausbau der Wasserkraft wären die ersten, die nach der Verantwortung der Landesregierung rufen würden, wenn über kurz oder lang weder genug Öl noch genug Strom zur Verfügung stünden.

Wirtschaftlich vernünftiges Handeln heute würde nach unserer Überzeugung bedeuten, überall, wo das möglich ist, das Öl durch Elektrizität zu ersetzen, um auf diese Weise so rasch als möglich von der besorgniserregenden Ölabhängigkeit loszukommen. Elektrizität ist praktisch die einzige greifbare Alternative zum Öl. Gewiss könnte bis zu einem gewissen Grade auch auf Kohle und Holz zurückgegriffen werden. Aber diese Reserven wären bald erschöpft, wenn sie in ganz Europa das Öl ersetzen müssten ... e.m.

«Berner Oberländer», Spiez, 17. Mai 1980